



Katholischer
Pflegeverband e.V.
Landesgruppe Bayern

Katholischer Pflegeverband e.V. • Adolf-Schmetzer-Straße 2-4 • 93055 Regensburg

Bayerisches Staatsministerium für
Gesundheit und Pflege
Herrn Regierungsdirektor Peter Marschall
Haidenauplatz 1
81667 München

Geschäftsstelle:
93055 Regensburg
Adolf-Schmetzer-Straße 2-4
Tel. +49 941 60 48 77-0
Fax +49 941 60 48 77-9
info@kathpflegeverband.de
www.kathpflegeverband.de

poststelle@stmgp.bayern.de
Peter.Marschall@stmgp.bayern.de

Regensburg, 15.09.2016

Ihr Zeichen: G32a-G8571.68-2014/8-268

Stellungnahme des Katholischen Pflegeverbandes e.V. - Landesgruppe Bayern - im Rahmen der Verbandsanhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung mit Stand vom 1.7.2016 für ein Gesetz zur Errichtung einer „Vereinigung der bayerischen Pflege“

Sehr geehrter Herr Regierungsdirektor Marschall,

der Katholische Pflegeverband e.V. - Landesgruppe Bayern - bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen der Verbändeanhörung Stellung zu dem o.g. Gesetzentwurf nehmen zu können.

Wir begrüßen es sehr, dass die bayerische Staatsregierung die Berufsgruppe der professionell Pflegenden in Bayern stärken und sie „auf Augenhöhe“ mit anderen berufsständischen Vertretungen im Gesundheitswesen bringen will. In den derzeitigen Strukturen des Pflege- und Gesundheitssystems Deutschlands und Bayerns wird die Mitverantwortung und Sicherstellung der Qualität in gesundheitlichen Belangen zu einem großen Teil den Berufsangehörigen der unterschiedlichen Heilberufe über Berufskammern übertragen. Die pflegerische Versorgung wurde bislang davon ausgeklammert. In Kenntnis der gesellschaftlichen Veränderungen ist es jedoch für eine adäquate pflegerische Versorgung der Bevölkerung unabdingbar, die Pflegefachpersonen als die entsprechenden Expertinnen und Experten in dieses System mit einzubeziehen!

Mit dem vorgesehenen Konstrukt einer „Vereinigung der bayerischen Pflege“ sehen wir diese Ziele allerdings konterkariert. Wir befürchten vielmehr eine Verschlechterung der berufsständischen Situation von Pflegefachpersonen und eine daraus folgende Schwächung der zukünftigen pflegerischen Versorgung der bayerischen Bürgerinnen und Bürger.

Kurzgefasst sehen wir folgende Punkte als besonders bedenklich:

- Freiwillige Mitgliedschaft: Die „Vereinigung“ von einigen freiwilligen Mitgliedern kann nicht die Interessen **aller** Pflegefachpersonen in legitimer Weise vertreten. In den Heilberufekammern sind die Berufsangehörigen im Gesamt erfasst; die Gesamtheit bzw. von ihr nach demokratischen Prinzipien gewählte Vertretungen bestimmen über die für den Berufsstand wichtigen Entscheidungen.
- Mitgliedschaft von Pflegefachpersonen und Pflegeassistentenberufen: Durch die geplante Mitgliederstruktur der „Vereinigung“ wäre es möglich, dass Angehörige von Assistenzberufen, die nicht über die entsprechende Expertise von Pflegefachpersonen verfügen, inhaltlich-fachliche Entscheidungen bzgl. der Expertise und Verantwortung von Pflegefachpersonen treffen.
- Mitgliedschaft von Berufsfachverbänden (S.5) bzw. Pflegefachverbände (S.15), die die beruflichen Belange der Angehörigen der Pflegeberufe in Bayern vertreten und ihren Sitz in Bayern haben: Die gleichzeitige Mitgliedschaft von Einzelpersonen und Fachverbänden widerspricht einer transparenten Vertretung der Pflegefachpersonen, da Pflegefachpersonen sowohl in Verbänden als als Einzelpersonen Mitglied bzw. auch Mitarbeiter sein können.
- Beirat: Durch die geplante Einsetzung eines Beirates, in dem die Pflegefachpersonen überstimmt werden können, dessen Voten aber verpflichtend berücksichtigt werden müssen, wird die Fremdbestimmung über die Pflegefachpersonen manifestiert.
- Finanzierung aus Mitteln des Staatshaushaltes: Für bayerische Steuerzahler ist es nicht nachvollziehbar, warum eine Interessensvertretung einer einzelnen Berufsgruppe aus Steuermitteln finanziert werden sollte. Eine einzelne Berufsgruppe ist nicht vergleichbar mit dem Bayerischen Jugendring, der stets als Modell diskutiert wurde. Die vorgeschlagene Finanzierungsform untermauert zudem die fehlende fachliche und berufsständische Unabhängigkeit der „Vereinigung“ und die Abhängigkeit vom jährlichen Staatshaushalt.

Im Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahme des Bayerischen Landespflegerates.

Resümee: Der Katholische Pflegeverband e.V. - Landesgruppe Bayern - hält den vorliegenden Entwurf aus fachlicher und berufsständischer Sicht für ungeeignet. Wir sehen in dem geplanten Konstrukt einen unnötigen Verbrauch von Steuergeldern.

Unser Ziel als Katholischer Pflegeverband e.V. - Landesgruppe Bayern - ist die Schaffung eines berufsständischen Pflege-Organs, das ernstzunehmender professioneller Partner für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen, andere Heilberufe, Politik und Kostenträger ist, um die künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen konstruktiv anzugehen.

Für die Erarbeitung eines zukunftsfähigen Konstrukts bieten wir unsere fachliche Expertise und konstruktive Mitarbeit an.

Mit freundlichen Grüßen



Elisabeth Linseisen
Vorsitzende der Landesgruppe Bayern



Anna Maria Luger
Geschäftsführerin